



NEO-OSMANEN, DIE KURDISCHE BEWEGUNG UND EIN FRIEDENSPROZESS?

EINE KURDISCHE NATION, UM WELCHEN PREIS?

VON MURAT ÇAKIR

Die kurdische Autonomiebehörde im Norden des Irak nimmt eine zentrale wirtschaftliche und geostrategische Stellung für das neo-osmanische Hegemonieprojekt der türkischen Regierung ein. Letztere hat sich mit der kurdischen Administration arrangiert und unterstützt die Bildung eines kurdischen Nationalstaats im Norden des Irak. Was bedeutet dieses Arrangement für die Formulierung emanzipatorischer Ziele? Und in welchem Verhältnis stehen sie zum kurdischen Nationalismus in der Türkei?

Weiter auf Seite 4

IN 10 FRAGEN – DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE KURDISCHE FRAGE UND DER NAHE OSTEN

VON ERCAN GEÇGİN

Der neuerliche Verhandlungsprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK ist vor dem Hintergrund des Kriegs in Syrien zu interpretieren. Expansionsinteressen des türkischen Kapitals und die relative Eigendynamik des neo-osmanischen Regionalmachtstrebens der AKP bilden einen Aspekt einer vielseitigen politischen Gleichung. Wie ist die kurdische Bewegung aufgestellt und was hat sie dem neo-osmanischen Expansionsstreben entgegenzusetzen?

Weiter auf Seite 7

POLITISCHE BETEILIGUNG KURDISCHER FRAUEN IN DER TÜRKEI

VON HANDAN ÇAĞLAYAN

Die kurdische Bewegung hat Frauen politisch mobilisiert und ihnen den Weg zu einer emanzipativen Transformation patriarchaler Strukturen eröffnet. Die aktive Beteiligung von Frauen geschieht jedoch zu bestimmten Bedingungen. Denn nur wer kämpft, ist in die Erzählung der Bewegung integriert. Während die nationale Dimension der kurdischen Frage heute eine dominante Rolle in der kurdischen Erzählung einnimmt, ist die Klassendimension – trotz einer verschärften Klassenspaltung der kurdischen Bevölkerung – in den Hintergrund getreten.

Weiter auf Seite 11

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Axel Gehring (Marburg), Ismail D. Karatepe (Kassel) und Anne Steckner (Berlin)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.: RLS-HESSSEN,

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Beziehungen der Türkei zu ihren südlichen Nachbarstaaten stecken inmitten eines Umbruchs, an dessen Ausgang die politischen Grenzen im Nahen Osten neu gezogen werden könnten. Während diese Grenzen in der vergangenen Dekade insbesondere durch den Ausbau von Handelsbeziehungen zwischen der Türkei und Syrien, dem Irak und dem Iran durchlässiger wurden, erscheint der seit zwei Jahren andauernde Krieg in Syrien als Unterbrechung dieser Dynamik. Vor Ausbruch des Krieges wurde noch über den Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien zu einer Art Wirtschaftsunion gesprochen, diese Option erscheint kaum noch realistisch. Auch wenn unklar ist, wie der Krieg beendet werden wird, ist durch ihn unerwartet eine neue Ausgangslage entstanden. Im Norden Syriens haben sich neue staatliche Strukturen unter der Führung einer kurdisch-nationalen Partei herausgebildet, die in zukünftige politische Gleichungen einbezogen werden muss. Ein Zurück zum Status quo ante wird es wohl kaum geben. Die Beziehungen zwischen der kurdischen Autonomiebehörde im Norden Iraks und der Türkei unterliegen ohnehin seit einiger Zeit einer Dynamik, die ein politisches und wirtschaftliches Zusammenrücken als Option erscheinen lassen. De facto hat es die Türkei an ihrer südlichen Grenze inzwischen mit zwei halb-autonomen kurdischen Staatsgebilden zu tun.

Hinzu kommt ein dritter kurdisch-nationaler Akteur, die kurdische Bewegung in der Türkei, die seit über 30 Jahren mit allen Mitteln bekämpft wird und trotzdem nicht besiegt werden konnte. Noch vor wenigen Monaten sinnierten regierungsnahen Kreise über eine »totale Eliminierung« der kurdischen Bewegung, und der Ministerpräsident bedauerte sehr, dass der inhaftierte Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan seinerzeit nicht hingerichtet wurde. Inzwischen scheint sich das Blatt vollkommen gewendet zu haben. Die türkische Regierung und Öcalan sind erneut »in einen Dialog getreten« und wollen die kurdische Frage angeblich gemeinsam ein für allemal lösen. Frieden steht bevor,

heißt es, während die türkische Regierung offiziell weiterhin die »Terrorbekämpfung« als Ziel der aufgenommenen Gespräche benennt.

Diverse Strategen sprechen dagegen von einer türkisch-kurdischen Allianz unter sunnitischer Flagge im Nahen Osten. Als gemeinsame Vision wird eine Konföderation bestehend aus der Türkei und den überwiegend kurdisch besiedelten Gebieten in Syrien, im Irak und im - momentan nicht im Blickfeld stehenden - Iran als Vernunftlösung gepriesen, von der alle Seiten profitierten. Die PKK hat sich zwar äußerst skeptisch gezeigt. Nichtsdestotrotz folgte sie Öcalans Aufruf, rief einen Waffenstillstand aus und erklärte sich grundsätzlich bereit, die bewaffneten Einheiten aus der Türkei abzuziehen.

Was für manche eine Horrorvision ist, verbunden mit einem großen Krieg im Nahen Osten, ist für andere das genaue Gegenteil. Der gegenwärtige Prozess könnte die Beilegung des bewaffneten Konflikts zwischen kurdischer Bewegung und der türkischen Regierung bedeuten, sowie die durch den Krieg in Syrien unterbrochene Dynamik in eine vollkommen neue politische Bahn lenken. Angesichts der abrupten Kehrtwende, die die türkische Regierung in dieser Sache hingelegt hat, ist allerdings Vorsicht und Skepsis angebracht. Unwahrscheinlich erscheint desweiteren, dass die kurdische Bewegung in der Türkei, die seit Jahren ein demokratisches, soziales, auf Gleichheit beruhendes Gesellschaftsprojekt verteidigt, sich von einem Tag auf den anderen zur Erfüllungsgehilfin eines solch waghalsigen Projekts transformiert: das einer Konföderation, die auch unter dem Label »Neo-Osmanismus« verhandelt wird. Obgleich manche Stimme aus der kurdischen Bewegung Sympathien für ein konföderales Modell und Begeisterung für diese vermeintliche Win-win-Situation erkennen lässt, erscheint die insbesondere bei Sozialisten und Sozialistinnen in der Türkei aufkommende Befürchtung, die kurdische Bewegung könnte sich einer chauvinistisch, patriarchal und islamistisch artikulierten, regionalimperialistischen Zielsetzung eines imaginierten türkisch-kurdischen Machtblocks verschreiben, einseitig und vorschnell.

In diesem Infobrief haben wir drei Beiträge versammelt, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit Fragen beschäftigen, die mit dem angesprochenen Prozess verbunden sind. Ercan Geçgin beleuchtet in seinem Beitrag einige Aspekte und Hintergründe, die zur Aufnahme eines Dialogs zwischen Öcalan und der türkischen Regierung geführt haben. Eine Kritik an den Anhängern eines unabhängigen kurdischen Nationalstaats formuliert Murat Çakır, der auch auf die engen Beziehungen zwischen der kurdischen Autonomiebehörde im Irak und der Türkei eingeht. Handan Çağlayan's Artikel über die Beteiligung und Mobilisierung von Frauen im Rahmen der kurdischen Bewegung in der Türkei rundet diesen Infobrief ab. Auch wenn Çağlayan nicht auf die jüngeren politischen Entwicklungen eingeht, so legt ihre Einschätzung der kurdischen Frauenbewegung nahe, dass diese sich nicht ohne weiteres in einen chauvinistisch-patriarchalen Machtblock einbinden lassen wird.

Der Hoffnung auf den zum Greifen nahe scheinenden Frieden steht weiterhin die Repression gegenüber gesellschaftlicher Opposition in der Türkei entgegen, die in der Zwischenzeit keineswegs nachgelassen hat. Zwar wurden gegenüber der kurdischen Opposition, offensichtlich dem neueren »Annäherungsprozess« geschuldet, kleinere taktische Zugeständnisse wie die Freilassung einiger Untersuchungshäftlinge gemacht. Doch gleichzeitig kam es zur Inhaftierung mehrerer Dutzend linker und gewerkschaftlicher Akteure – auf Grundlage derselben absurden Beschuldigungen und Geheimdienstmethoden, die seit Jahren gegen Tausende Inhaftierte angewendet werden. Ihnen gilt unsere solidarische Verbundenheit. ■■■

ERROL BABACAN IM NAMEN DER REDAKTION

EINE KURDISCHE NATION: UM WELCHEN PREIS?

EINE INTERVENTION VON MURAT ÇAKIR

4

Obwohl Militäroperationen unvermindert fortgeführt werden, die Opposition in der Türkei einer anhaltenden Repression ausgesetzt ist und Abdullah Öcalan weiterhin in Isolationshaft sitzt, haben die jüngsten Besuche von BDP-Abgeordneten auf Imrali teils euphorische Reaktionen in türkischen Medien ausgelöst. Kurze Gespräche mit Öcalan und die Übermittlung seiner Briefe an die PKK-Führung reichten dafür aus. Zumindest als PR-Coup ist die jüngste Stufe des Oslo-Prozesses ein großer Erfolg.

Nicht nur kritische Linke, auch kurdische Nationalisten betrachten dies mit großer Skepsis. Letztere beschäftigen sich allerdings prominent mit der Frage, wie ein mehr oder minder klassischer kurdischer Nationalstaat in der Region zu organisieren wäre. Zumindest suggeriert dies ein kurzer Blick in ihre Debatten:

Eine prominente Rolle spielt darin der türkische Soziologe İsmail Beşikçi. Beşikçi, der sich in der Forschung zur kurdischen Geschichte zweifelsohne große Verdienste erworben hat, wirft Öcalan und der kurdischen Bewegung »Verrat an der kurdischen Sache« vor. Mit Bezug auf Öcalans Verteidigungsschriften [1], in denen dieser sein Konzept eines »demokratischen Konföderalismus jenseits von Staat, Macht und Gewalt« vorstellt, meint Beşikçi, Öcalan begehe mit der Ablehnung eines unabhängigen kurdischen Nationalstaates einen großen Fehler. Ist dies wirklich ein großer Fehler?

EIN NATURGEBENES RECHT?

Beşikçi und seine Anhänger begründen ihre Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Nationalstaat weder mit der historischen Entwicklung, noch mit materiellen Voraussetzungen, sondern alleine mit dem »naturgegebenen Recht von 50 Millionen Kurden, die von vier Kolonialstaaten unterjocht werden« [2]. Der junge Staat Kosovo dient dabei als Beweis für die Möglichkeit einer nationalstaatlichen Gründung auch im 21. Jahrhundert.

Da die kritische Literatur reich an Abhandlungen über die Entstehung der »Nation« ist, können auch kurdische Nationalisten, wie Recep Maraşlı, die Probleme

eines kurdischen Nationalismus nicht ignorieren. So schreibt Maraşlı an Beşikçi:

»Ich teile Ihre Kritik vollständig. Aber es ist auch eine sehr wichtige Frage, welchen Weg die Kurden beim Aufbau des Nationalstaates verfolgen werden. Wie werden z.B., wenn ein solcher Nationalstaat aufgebaut ist, die Türken, Araber, Aramäer, Tscherkessen, Armenier innerhalb der Gefüge des kurdischen Nationalstaates einbezogen? (...) Es ist bekannt, dass Zwangsumsiedlungen, Massaker und Assimilierungspolitiken beim Aufbau von Nationalstaaten im Namen der Homogenisierung der Heimat legitimiert wurden. Wie können die Kurden ihren Nationalstaat aufbauen, ohne diese Verbrechen zu begehen?« [4]

Maraşlıs Fragen sind berechtigt. Doch seine Vorstellung, dass eben diese »Verbrechen durch einen inneren Föderalismus bzw. kantonale Staatsstrukturen verhindert« werden könnten, da der »kurdische Nationalstaat sowieso einen allumfassenden Nationalitätsbegriff haben« würde, bleibt ein frommer Wunsch. Beşikçi wiederum ist der Auffassung, »jeder wisse, dass die Kurden so etwas nie machen würden«.

Wenn, wie Maraşlı meint, »die Beziehungen zwischen Nationen, die im gleichen Land leben, demokratisch und partizipativ gestaltet und so das nationalstaatliche Denken überwunden werden« können, stellt sich die Frage, warum dies nicht innerhalb der gegebenen nationalstaatlichen Grenzen verfolgt wird und stattdessen die Gründung eines kurdischen Nationalstaates erforderlich ist? Wenn das »Selbstbestimmungsrecht der Kurden« richtig und ein kurdischer Nationalstaat unverzichtbar sein soll, da die Kurd*innen sich dem »umfassenden Nationalitätsbegriff« der Türkei, des Irans, Iraks und von Syrien »nicht unterordnen wollen«, warum sollten dann arabische, aramäische, armenische oder türkische Ethnien, die in Kurdistan leben, diesem Recht auf Selbstbestimmung abschwören und sich einem »allumfassenden kurdischen Nationalstaat« unterordnen? Was, wenn sie sich, ebenso wie die Kurd*innen in den jeweils existierenden Staaten auch, der Unterordnung widersetzen? Wer könnte garantieren, dass ein kurdischer Nationalstaat nicht

[1] Abdullah Öcalan: *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*. Mezopotamien Verlags GmbH, Köln 2010, ISBN: 978-3-941012-20-2

[2] Siehe: www.serbesti.net/?id=2471, 27. Januar 2013

[3] Rosa Luxemburg: *Nationalitätenfrage und Autonomie*, Herausgegeben von Holger Politt, Karl Dietz Verlag 2012, ISBN: 978-3-320-02274-7, S.60.

[4] Siehe: www.serbesti.net, 28. Januar 2013

genau dieselben Verbrechen begeht wie zuvor die Türkei, der Iran, Irak oder Syrien?

Befriedigende Antworten auf solche Fragen werden weder von Beşikçi noch von Maraşlı oder anderen kurdischen Nationalisten geliefert. Denn die Gründung eines unabhängigen kurdischen Nationalstaats, den sie als »naturgegebenes Recht der Kurden« fordern, ist vom Charakter nichts anderes als der von ihnen verhasste bürgerliche Nationalstaat. Eben diesen wollen sie in der Türkei, im Iran, Irak und Syrien zerschlagen sehen, während zugleich die Gründung eines kurdischen Nationalstaates heute realistischer denn je geworden ist, wie sich am »Kurdischen Autonomiegebiet« in Nordirak zeigt.

KURDISTAN: EIN SATELLITENSTAAT DES TÜRKISCHEN REGIONALIMPERIALISMUS?

Bezeichnenderweise sind sowohl kurdische Nationalisten als auch die türkische Regierung, die ja ansonsten penibel darauf achtet, das Wort »Kurdistan« nicht auszusprechen, in ihren Positionen zum »Kurdischen Autonomiegebiet« in Nordirak nahezu deckungsgleich: Während beide Seiten Barsani und seine Behörde unterstützen, auch in deren Bestrebung, die kurdische »Unabhängigkeit« auszurufen, lehnen beide Seiten die demokratischen Autonomiestrukturen der syrischen Kurd*innen vehement ab. Verständlich wird dies aber erst durch die Betrachtung des politisch-ökonomischen Hintergrunds.

Für große Teile des türkischen Kapitals hat sich das kurdische Autonomiegebiet unter Barsani in eine wahre Goldgrube verwandelt. Innerhalb eines Jahres (2011-2012) erhöhte sich das türkische Exportvolumen in den Nordirak um 30 Prozent – damit ist Nordirak mit 11 Mrd. Dollar der zweitgrößte türkische Exportmarkt nach Deutschland geworden. Bei einem gesamten türkischen Exportvolumen von 134 Mrd. Dollar (Import: 240 Mrd. Dollar) sind das immerhin über 8 Prozent. Die gesamte Infrastruktur des kurdischen Autonomiegebiets wird von türkischen Firmen aufgebaut. Laut Haydar Mustafa Said, Vorsitzender der Informationsabteilung der kurdischen Investitionsbehörde, belegen die türkischen Investitionen im Nordirak den Spitzenplatz und sind doppelt so hoch wie britische Investitionen, die den zweiten Platz einnehmen [5]. 75 Prozent des Bausektors und 10 Prozent des Energiesektors sind in der Hand von türkischen Firmen. Jeden Tag bringen rund 1.500 LKWs Waren aus der Türkei in den Nordirak.

Für türkische Investitionen ist Energie ein Schlüsselbegriff. Im kurdischen Autonomiegebiet werden rund 45 Mrd. Barrel Rohöl vermutet. Das sind rund 20 Prozent des gesamten Erdölvorkommens im Irak. Laut derzeitiger Planungen sollen in den nächsten 4 Jahren im Nordirak täglich 1 Million Barrel Öl gefördert werden, was nach WTI-Preisen rund 33 Mrd. Dollar Jahreseinnahmen entspricht [6]. Damit würde die kurdische Autonomiebehörde zum 24. größten Erdöllieferant der Welt aufsteigen. Das ist u. a. der Grund, warum die größten türkischen Energiekonzerne wie Pet Holding, Genel Enerji oder Türkerler Holding inzwischen mehrere Mrd. Dollar im Nordirak investiert und weshalb die staatliche Pipelinegesellschaft der Türkei BOTAS schon 2008 mit dem türkischen Erdölförderungsgesellschaft TPAO und Shell den Bau einer Pipeline von Irak in die Türkei vertraglich vereinbart haben. Zudem soll laut einer irakisch-türkischen Energievereinbarung vom 15. Oktober 2009, »mittelfristig 10 bis 12 Mrd. Kubikmeter Erdgas jährlich nach Europa transportiert werden« [7]. Die irakisch-türkische Pipeline Kirkuk-Yumurtalik kann diese Kapazitäten nicht decken. Derzeit stellt sich als kostengünstigste Variante der Transport über Syrien ans Mittelmeer dar. Für die Türkei hat diese Variante eine immense Bedeutung: Zum einen kann sie das irakische Erdöl und Erdgas für den Eigenverbrauch günstiger ausschöpfen, zum anderen aber eine Schlüsselrolle für den Transport in den europäischen Markt einnehmen. Dies wiederum verschafft der Türkei Vorteile gegenüber den Mitkonkurrentinnen USA und Israel. Ihre Position als maßgeblicher Energieumschlagplatz würde gefestigt.

Darüber hinaus spielt der Nordirak für das sunnitische Hegemonieprojekt der AKP-Regierung und der Golfkooperationsstaaten eine besondere Rolle. Die schiitisch dominierte Zentralregierung des Irak ist sowohl den türkischen Entscheidungsträgern als auch den sunnitischen Despoten am Golf ein Dorn im Auge. Die prowestliche Haltung des Sunniten Barsani und dessen wirtschaftliche Interessen machen ihn zum idealen Partner. Die sunnitischen Despoten und die Türkei verfolgen zwei wesentliche Ziele: Zum einen wollen sie den Einfluss der »Schiitischen Achse« (Iran, irakische Zentralregierung, das Assad-Regime und die libanesische Hisbollah) zurückdrängen, zum anderen durch die Verbindung von Bevölkerung, Energieressourcen und Kapitalkonzentration die politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Vorherrschaft in der Region anstreben. Für diese Ziele sind sie, insbesondere die Türkei, bereit, einen

[5] Selen Tonkus Kareem in der Zeitschrift des Zentrums für strategische Studien im Nahen Osten (ORSAM) »Ortadoğu Analiz Dergisi«, März 2012, Nr. 39, S. 22.

[6] WTI Rohöl Realtimekurs in Dollar je Barrel (159 Liter): 91,93 Dollar am 11. März 2013, um 15:30 Uhr. Siehe: www.boerse.de/rohstoffe/WTI-Rohoel/XD0015948363

[7] Siehe: www.botas.gov.tr/index.asp

unabhängigen kurdischen Nationalstaat unter der Führung von Barsani zu akzeptieren. Es ist auch im strategischen Interesse westlicher Staaten, wenn die nordirakischen Erdölfelder unter der Kontrolle Barsanis stehen und in Zusammenarbeit mit der Türkei die Förderung, der Transport und Vertrieb der Energieträger sichergestellt wären.

Für Barsani, aber auch für die kurdische Bourgeoisie im Irak und in der Türkei, die nun offen nationalstaatliche Bestrebungen unterstützen, ist erstmals eine realistische Chance entstanden, als unmittelbare Partner in die regionalen und globalen Strategien eingebunden zu werden und davon zu profitieren. So erklären sich auch die Versuche von Barsani, über seine Behörde die Autonomiebemühungen der syrischen Kurd*innen mit aller Macht zu verhindern. Es geht um einen von der militärisch starken Türkei kontrollierten Korridor in Nordsyrien, über den Erdöl und Erdgas aus nordirakischen Feldern ans Mittelmeer transportiert werden kann. Daher hat Barsani die Grenze zu Syrien, also zu Westkurdistan, sogar für humanitäre Hilfen schließen lassen. So kann er die syrisch-kurdische Partei der demokratischen Union (PYD) schwächen. Die PYD spricht sich gegen eine militärische Intervention von außen aus und streitet für eine nichtmilitärische innersyrische Lösung. Die politische Nähe der PYD zu Öcalan, ihre derzeit aufgebauten bewaffneten Kräfte, mit deren Hilfe die Autonomiestrukturen in Nordsyrien vor islamistischen Terrorgruppen geschützt werden, stellen für Barsanis Interessen ein Hindernis dar. Aus diesem Grund unterstützt Barsani jene kurdischen Parteien in Nordsyrien, die keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung haben. Anstatt die Freiheitsbemühungen der syrischen Kurd*innen zu unterstützen, spekuliert Barsani auf die Zerschlagung der territorialen Einheit Syriens und baut auf die Hilfe der Türkei.

Die kurdische Bourgeoisie macht sich derweil bereit für die »neue Ordnung« in der Region. Sie ist sich der »Attraktivität« der kurdischen Gebiete für das türkische und internationale Kapital durchaus bewusst. Seit 2 Jahren berichten z.B. türkische Zeitungen, wie nationale und internationale Firmen sich mit großen Investitionen in der Region auf die Veränderungen vorbereiten. Die türkische Regierung unterstützt diese Entwicklung mit Subventionen. Jede 100 Lira Investition wird mit 116,40 Lira (Steuerbefreiungen, Zuschüsse, Investitionsgelder, Prämien nachlässe usw.) staatlich gefördert. An den Arbeits- und Lebensbedingungen der dortigen Bevölkerung ändert dies nichts,

im Gegenteil: Kurdistan wird zum Billiglohnparadies. Der Vorsitzende des Unternehmerverbands DGIAD, Toksan Kadooğlu, erläutert die »Vorzüge« der kurdischen Gebiete für das Kapital wie folgt: »Die hohe Arbeitslosigkeit führt zu Vorteilen in den Lohnkosten. Während in Istanbul ein Arbeiter mit 1.000,00 Lira entlohnt wird, kann hier für die gleiche Arbeit 600,00 Lira bezahlt werden. Es ist von einem Kostenvorteil von 30 bis 35 Prozent auszugehen.« [8] Daher versäumen es regierungnahe Medien nicht, immer wieder zu betonen: »Eine Türkei, die ihr kurdisches Problem löst, wird Weltspitze.«

Schon 2006 hatte der ehem. US-Botschafter Peter Galbraith in einem Interview vorausgesagt: »Ja, ein unabhängiges Kurdistan ist unvermeidlich. (...) Die Kurden werden die engsten Verbündeten, sogar ein Satellitenstaat der Türkei sein.« [9] Der gleiche Journalist, der Galbraith interviewte, schrieb Ende Januar 2013 aus dem Nordirak, wie weit sich der »Satellitenstaat« bereits entwickelt habe und hält etwaige Sorgen, dass sich die Kurd*innen in der Türkei daran ein Beispiel nehmen könnten, für unbegründet. Auch der Gouverneur Dr. Necmettin Kerim ist der Auffassung, dass »ein unabhängiger kurdischer Staat unvermeidlich« sei, aber »die Türkei sich deswegen keine Sorgen zu machen« brauche. Denn: »Jeder Staat muss sein eigenes kurdisches Problem selbst lösen. Die Bedingungen sind überall anders. Z.B. in Aserbaidschan: Nur weil im Iran viel mehr Aseris leben als im Aserbaidschan, müssen sie nicht gleich nach Unabhängigkeit streben. Wer im Iran nicht leben will, kann ja nach Aserbaidschan übersiedeln. Genau das gleiche gilt auch für die Menschen im türkischen und irakischen Kurdistan.«. [10]

Der Gouverneur lässt an Deutlichkeit nichts vermissen. Seine Botschaft an die Kurd*innen in der Türkei ist klar: »Seid ruhig und beugt euch eurem Schicksal. Wenn ihr in einem unabhängigen Kurdistan leben wollt, müsst ihr hierher kommen«. Hieran wird deutlich: Beim ersten Anzeichen einer nationalstaatlichen Gründung wird der Ausverkauf der »hehren Ziele« und des »naturegebenen Rechts aller Kurden« stattfinden. Jegliches Bestreben nach Freiheit, Gleichberechtigung und dem Recht, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten, wird den »nationalen Interessen« der kurdischen Bourgeoisie geopfert werden. Was sind soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden schon wert, wenn für deren Ausverkauf ein vermeintlich unabhängiges »Investorenparadies« Kurdistan zu gewinnen ist? ■■■

[8] Siehe: <http://www.haber3.com/guneydoguya-yatirim-akiyor-622492h.htm#ixzz2KWKndSgP>

[9] Siehe: Die Tageszeitung Vatan vom 26. Dezember 2006: <http://rusencakir.com/Peter-Galbraith-Bagimsiz-bir-Kurt-devleti-Turkiyenin-uydusu-olur/665>

[10] Siehe: <http://www.rusencakir.com/Soylesi-Bagimsiz-Kurt-devleti-kacinilmaz-bir-gercek-Turkiyenin-bundan-tedirgin-olmasi-gerekmez/1929>

IN 10 FRAGEN – DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE KURDISCHE FRAGE UND DER NAHE OSTEN

VON ERCAN GEÇGIN

Mit der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der AKP-Regierung (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) und dem inhaftierten Vorsitzenden der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), Abdullah Öcalan, hat ein neuer Abschnitt in der kurdischen Frage begonnen. Diese enthält Dimensionen, die über die Frage der Anerkennung der kurdischen Identität und kollektiver Rechte hinausgehen. Offenkundig gewinnen parallel zum Versuch der AKP, im Nahen und Mittleren Osten hegemonial zu werden, die kurdische Frage und die kurdische Bewegung eine regionale und internationale Bedeutung. Da hierbei mehrere Gleichungen ineinander verwoben sind, ist es notwendig, die kurdische Frage und die Akteure des Prozesses im Rahmen der komplexen regionalen und globalen Dynamiken zu beleuchten. Anhand von 10 zusammenhängenden Fragen werden im Folgenden einige Problematiken thematisiert:

1. WARUM WURDEN DIE VERHANDLUNGEN JETZT AUFGENOMMEN UND NICHT ZU EINEM ANDEREN ZEITPUNKT?

Es gibt viele Gründe dafür. Im Vordergrund stehen das Bestreben der Türkei, die syrische Regierung möglichst schnell zu stürzen, sowie die damit verbundenen Entwicklungen im Nahen Osten. Die türkischen Medien sind einhellig der Meinung, dass die AKP ihre Energie nicht auf die Bekämpfung der PKK, sondern auf Syrien zu konzentrieren beabsichtigt. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Außerdem muss die AKP, die Syrien eine Lehre in Demokratie und Friedenspolitik erteilen will, die inneren Konflikte – wenn auch nur vorübergehend – beilegen oder zumindest so tun als ob, um ihrer Politik die notwendige Glaubwürdigkeit zu verleihen.

2. WAS IST DER POLITISCH-ÖKONOMISCHE HINTERGRUND DER ENTWICKLUNGEN?

Der gesamte Verhandlungsprozess steht im Zusammenhang mit einer neuen Phase der Kapitalakkumulation in der Türkei und im Nahen Osten. Vom Standpunkt der Türkei aus betrachtet gilt es, zwei Aspekte der Kapitalakkumulation in Anatolien hervorzuheben. Erstens: Die zunehmend in die ehemaligen inneren Peripherien verlagerte Produktion schöpft aus

den Massen der verarmten Kurden und Kurdinnen billige Arbeitskräfte. Zweitens sind da die Bestrebungen des türkischen Kapitals, neue Märkte im Nahen Osten und Afrika zu erschließen. Der Irak bzw. die Autonomiebehörde Kurdistan nimmt in der Liste der Exportländer der Türkei inzwischen den zweiten Platz ein. Sowohl die Suche nach neuen Produktionsstandorten mit billigen und wenig organisierten Arbeitskräften als auch das Expansionsinteresse des Kapitals über die Grenzen der Türkei hinaus umfassen Gebiete, auf denen die kurdische Bewegung zwar politisch präsent und stark ist, allerdings kein alternatives ökonomisches Programm aufweist. Die Frage der Anerkennung oder der kollektiven Rechte steht somit von vornherein unter der Einschränkung, ökonomische Aspekte auszuklammern. Die Initiative auf diesem Gebiet wird den Unternehmerverbänden überlassen.

3. WIE IST DIE WIRKUNG DER IMPERIALISTISCHEN POLITIKEN IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN AUF DEN DIALOGPROZESS ZU BEWERTEN?

Es besteht kein Zweifel, dass die USA in den mit Öcalan begonnenen Dialog und den folgenden Verhandlungsprozess involviert sind oder sein werden. Die Kontrolle über die Erdölfelder in der Region sowie deren Vertrieb und der Transport in den Westen sind ein Projekt der imperialistischen Staaten, allen voran der USA. Ebenfalls von Bedeutung sind der Konkurrenzkampf zwischen der Türkei und dem Iran um die regionale Vormachtstellung sowie die aktive Rolle Russlands in diesem Kampf. Für die imperialistischen Kräfte ist die kurdische Frage regional und global derart bedeutsam geworden, dass sie sie den Kurden und Kurdinnen alleine nicht überlassen werden. Weil die Haltung und die Rolle kurdischer Akteure in Bezug auf Syrien, den Iran und den Irak in engem Zusammenhang mit den Absichten der Imperialisten in der Region stehen, ist dieser Prozess komplex und verwebt viele Variablen miteinander (siehe Artikel von Murat Çakır in diesem Infobrief).

4. WIE GROSS IST DIE WIRKUNGSKRAFT DER REGIONALIMPERIALISTISCHEN AKP-POLITIK (NEO-OSMANISMUS) AUF DIE KURDISCHE BEWEGUNG?

Eines der Grundattribute eines Landes, dessen poli-

tische Entwicklung und Kapitalakkumulation in eine imperialistische Phase übergehen, ist der Export der inneren Widersprüche ins Ausland und der Aufbau einer diesem imperialistischen Bestreben entsprechenden Einheit im Innern – manchmal im Namen der Demokratie, manchmal im Namen der Moderne oder der Gleichheit. Der Umfang des Regionalimperialismus der AKP, der räumlich-sozial-ideologische Wirkungskreis ihres Bestrebens, eine »Regionalmacht zu werden«, legt sie auf den Neo-Osmanismus fest. Sie verwirklicht dies durch eine integrierte Bewegung, welche politische Visionen, die räumliche Ausdehnung des Kapitals und kulturellen Imperialismus (Verbreitung über Medien, Lebensweise etc.) miteinander verbindet.

Die kurdische Bewegung in der Türkei und die PKK im Besonderen stehen vor der Frage, wie sie sich zu diesem politisch, kulturell und ökonomisch entwickelten Expansionsstreben verhalten sollen. Werden sie ihr Bestreben nach politischer Autonomie, für die es keinen Platz im regionalimperialistischen Modell gibt, aufgeben, oder sich dieser Entwicklung entgegenstellen, was in einer weiteren Eskalation münden würde? Letzteres bringt sie in Konflikt mit der kurdischen Autonomiebehörde im Irak, die von der kurdischen Bewegung die Beilegung des Konflikts mit der türkischen Regierung fordert, und selbst vor der Frage der Ablösung vom Irak steht, um sich möglicherweise stärker an die Türkei anzuschließen. Gegebenenfalls könnte ein Krieg mit der irakischen Zentralregierung wiederum zu einer Annäherung zwischen der PKK und der kurdischen Autonomiebehörde führen.

Andererseits wird durch das neo-osmanische Modell, das ideologisch auf der Grundlage des sunnitischen Islam vereint werden soll, die alevitische Frage virulent. Wie werden sich die alevitischen Kurden und Kurdinnen verhalten, die fester Bestandteil der kurdischen Bewegung und der PKK sind?

5. LÄSST SICH BEI BETRACHTUNG DES GESAMTEN VERHANDLUNGSPROZESSES, INKLUSIVE DER GESPRÄCHE MIT ÖCALAN, ERKENNEN, DASS DIE AKP DIE KURDISCHE FRAGE TATSÄCHLICH ZU LÖSEN VERSUCHT?

Alle bisherigen Regierungen haben so getan, als ob sie diese Frage lösen wollten. Auch die AKP hat insbesondere im Vorfeld von Wahlen bewiesen, dass sie diese Kunst beherrscht. Das Bestreben der AKP, die Gespräche mit Öcalan nicht zu verheimlichen, sondern alles zu tun, um diese Gespräche in die Öffentlichkeit zu tragen, hat mehrere Bedeutungen. Die

AKP zeigt hierdurch, dass sie die Fäden in der Hand hält und die staatlichen Apparate beherrscht. Heute wegen verschiedenen Beschuldigungen inhaftierte nationalistische Offiziere führten früher auch Gespräche mit Öcalan, die jedoch nicht erfolgreich verliefen, weil der zur Lösung dieser Frage notwendige einheitliche politische Willen nicht vorhanden war. Die AKP, die mittlerweile sozial, wirtschaftlich und auf allen politischen Ebenen eine hegemoniale Kraft ist, verfügt nun über dieses Potential. Allerdings ist ihr Bestreben nicht das Ergebnis einer Suche nach Lösungsansätzen für die kurdische Frage auf Grundlage der Gewährung von kollektiven Rechten, sondern basiert auf dem Expansionsinteresse im Nahen Osten. Folglich ist bereits ein dauerhafter Waffenstillstand, selbst wenn die kurdische Frage in der Zwischenzeit ungelöst bleibt, diesem Ziel der AKP zuträglich. Die im Jahr 2014 anstehenden Kommunalwahlen und erstmalig Präsidentschaftswahlen bestärken das Interesse der AKP an einem Waffenstillstand. Die Frage wird sein, welches Entgegenkommen die AKP angesichts dieses vermutlich für einen längeren Zeitraum geplanten Waffenstillstands im Gegenzug zeigen wird und ob sie mit der bisherigen Hinhaltetaktik durchkommen wird.

6. KANN ES MIT DER ÖFFENTLICHEN ANERKENNUNG ÖCALANS ALS DIREKTEM VERHANDLUNGSPARTNER GELINGEN, DIE PKK ZU PASSIVIEREN?

In der tradierten Weltanschauung der kurdischen Bevölkerung weist der Anführer- und Heldenkult gesellschaftliche Fundamente auf – die wichtigsten sind die traditionellen Führungsinstitutionen der Clanchefs und der religiösen Oberhäupter. Mit seinen vielfältigen Bezügen auf historische kurdische Persönlichkeiten situiert sich der heutige kurdische Nationalismus innerhalb einer imaginierten nationalen Kontinuität, die reale Vorläufer hat. Öcalan erscheint als der letzte Vertreter in der Linie gesellschaftlicher und politischer Heldenfiguren. Zugleich symbolisiert er die politische Union der Kurden und Kurdinnen. Das ist einerseits ein Ergebnis seiner Durchsetzungskraft im Führungsstreit innerhalb der PKK, andererseits kommt seine Stellung dem Bedürfnis großen Teilen der kurdischen Bevölkerung nach einer historischen und mystischen Führung nach. Die Übertragung der politischen Repräsentation der kurdischen Bevölkerung auf Öcalan hat daher ihre Entsprechung in diesem tradierten Anführerkult, durch den die kurdische Bevölkerung sich mit dem Willen einer einzigen Person identifiziert. Dass Öcalan trotz 14-jähriger Haft weiterhin diese Funktion innehat, ist für den Staat

bzw. für die AKP von besonderem Wert. Auf der einen Seite begreift die kurdische Bevölkerung den Kampf um die Freilassung Öcalans als Teil der eigenen Befreiung. Auf der anderen Seite wird die AKP mit dem Trumpf der selbstbestimmten Delegation der ›kurdischen‹ Interessen an Öcalan in ihrer Hand versuchen, den Verhandlungsprozess unter ihrer Kontrolle zu führen. Schließlich bestimmt sie allein über den Kontakt Öcalans zur Außenwelt. Ob sich die PKK auf Dauer diesem Umstand fügen wird, wird sich zeigen.

7. WIE WIRKT SICH DIE KRAFT KURDISCHER AKTEURE AKTIVE POLITISCHE SUBJEKTE IM NAHEN OSTEN ZU SEIN, AUF DIE VERHANDLUNGEN AUS?

Die AKP, die außer mit der kurdischen Autonomiebehörde unter der Führung von Masud Barzani mit allen anderen Nachbarstaaten Konflikte hat, hat sich der Überzeugung angenähert, die kurdische Frage über Abdullah Öcalan lösen zu wollen. Trotz tatkräftiger Unterstützung diverser aufständischer bewaffneter Gruppen durch die Türkei ist es immer noch nicht gelungen, die syrische Regierung zu stürzen. Gleichzeitig hat die der PKK nahestehende kurdische PYD (Partei der demokratischen Union) die von der Türkei aus operierende islamistische Nusra Front besiegt und in den kurdischen Gebieten Syriens ihre Vorherrschaft etabliert. Diese Entwicklungen können als ein weiterer konkreter Grund für die Aufnahme von Gespräche mit Öcalan angesehen werden.

Desweiteren spricht vieles dafür, dass sowohl die Sicherheitspolitik und die Erdölpolitiken der USA und Israels als auch die Suche Zyperns und Griechenlands nach Erdgas im östlichen Mittelmeer die AKP zur Aufnahme von Gesprächen mit Öcalan und zur Suche nach Lösungen drängten, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. In dieser Situation, in der mehrere Gleichungen in einander verwoben sind, die die Grenzen der Türkei sprengen, wird die Position der kurdischen Bewegung durch die Errungenschaften in Syrien objektiv gestärkt. Es entstehen neue Optionen für sie.

8. WELCHE SICHTBAREN FOLGEN KÖNNTEN DIE MORDE VON PARIS HABEN? KANN DARAUS EINE ANNÄHERUNG ZWISCHEN ALEVITISCHER UND KURDISCHER IDENTITÄT ERWACHSEN?

Spekulationen darüber, von wem und warum die kurdischen revolutionären Frauen in Paris ermordet wurden, reißen nicht ab. Verschwörungstheorien, wie ein angeblicher Sabotageversuch der Gespräche mit Öcalan, angebliche Verhinderungsversuche einer iranisch-syrisch-irakischen Front, des tiefen Staats / der

tiefen PKK / des grünen (also islamistischen) Ergenecons oder einer Kollaboration unterschiedlicher Akteure, sind nur einige davon. Der Umstand, dass zwei der ermordeten drei Frauen kurdische Alevitinnen waren, hat mehr als nur symbolische Bedeutung. Dies wurde in den Gedenkfeiern in Paris und verschiedenen Städten in der Türkei sichtbar. Die unter massenhafter Beteiligung durchgeführten Gedenkfeiern waren vom Wunsch nach Frieden geprägt. Das wichtigste vorläufige Ergebnis scheint zu sein, dass einerseits eine weitere Annäherung zwischen alevitischer und kurdischer Identität stattgefunden hat, während gleichzeitig das Vertrauen in den Verhandlungsprozess zwischen Öcalan und der türkischen Regierung gestärkt wurde.

9. WELCHE ROLLE SPIELT DER CLIQUENKAMPF ZWISCHEN DER GÜLEN-GEMEINDE UND DER AKP IN DIESEM PROZESS?

Des Öfteren wird darauf hingewiesen, dass es aus unterschiedlichen Gründen zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinde Spannungen gäbe. Doch die sogenannte »Win-Win-Politik« der AKP ist nicht nur für die kurdische Bewegung Grund für einen vorläufigen Friedensschluss. Sie legt auch der Gülen-Gemeinde die Einhaltung eines Burgfriedens nahe. Während die AKP im Nahen Osten sowohl ideologisch (als sunnitische Hegemonie) als auch über den marktförmigen politischen Islam attraktiver ist als die Gülen-Bewegung, hat letztere innerhalb der kurdischen Bevölkerung einen größeren Einfluss erringen können. Insbesondere mit ihren Investitionen im irakischen Kurdistan, ihren Schulen, kurdischen Fernseh- und Rundfunksendern kann die Bewegung das, was die AKP mit staatlichen Mitteln schafft, über ein integrales Netzwerk auf zivilgesellschaftlicher Ebene wirkungsvoller bewerkstelligen. Aus diesem Grund ist die Reichweite der Gülen-Gemeinde größer als die der AKP. Die kurdische Bewegung wird insbesondere in den urbanen Gebieten ihren Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten weniger mit der AKP als mit der Gülen-Gemeinde führen.

10. WIE SOLLTE DIE POSITION DER POLITISCHEN OPPOSITION IN DER TÜRKEI BEWERTET WERDEN?

Offenbar hat die AKP die Reaktion der nationalistischen Kreise auf die Aufnahme von Verhandlungen mit Öcalan mit einberechnet, weshalb sie vor Bekanntwerden der Gespräche mit Nachdruck die Aufhebung der Immunität von kurdischen Abgeordneten und die Wiedereinführung der Todesstrafe (für Öcalan) auf die Tagesordnung setzte. Die türkisch-islami-

schen Befindlichkeiten sollen einerseits mit solchen maximalen aber offensichtlich leeren Phrasen bedient werden, andererseits rechnet die AKP damit, die türkisch-nationalistische Basis mit der Aussicht auf Beendigung des Blutvergießens und einen höheren wirtschaftlichen Wohlstand zufrieden stellen zu können.

Auf der einen Seite schließen sich diejenigen Bevölkerungsteile, die auf den Verhandlungsprozess radikal ablehnend reagieren, dem türkistischen Nationalismus (der Nationalistischen Bewegungspartei MHP und einer bestimmten Fraktion innerhalb der Republikanischen Volkspartei CHP) an. Auf der anderen Seite befinden sich jene linken Kräfte, die den Prozess zwar grundsätzlich begrüßen, aber nach seinen Aussichten für die ausgebeuteten Massen befragen, also den Klassencharakter der verhandelten Lösung für die ‚nationale Frage‘ hervorheben. Von den linken Kräften wird erwartet, dass sie sich der kurdischen Bewegung und ihrer Lösungsperspektive anschließen oder sich raushalten.

Während des gesamten Verhandlungsprozesses wird immer wieder zu hören sein, welch großes Potential an wirtschaftlichem Wohlstand in ihm steckt, welch

unwiderstehliches Selbstbewusstsein als Regionalmacht aus ihm zu schöpfen ist und wie das auf Eroberung ausgerichtete ökonomische Bestreben eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten schaffen wird. Demgegenüber wird die Situation der Millionen Werktätigen, die mit dem gesetzlichen Mindestlohn von derzeit umgerechnet 328 Euro auskommen müssen, sowie der kurdischen Wanderarbeiter*innen, die in verschiedenen Regionen des Landes unter miserablen Bedingungen ein Auskommen suchen müssen, kaum thematisiert werden. Solange die linke Bewegung in diesem Verhandlungsprozess keine eigenständige Position entwickelt, steht nicht zu erwarten, dass die Ausbeutung der Werktätigen als ein übergreifendes Problem aller Werktätigen mit der spezifischen Problematik der kurdischen Frage zusammengebracht wird. ■■■

Ercan Geçgin ist Mitarbeiter des Fachbereichs Soziologie an der Fakultät für Sprache, Geschichte und Geografie der Universität Ankara.

POLITISCHE BETEILIGUNG KURDISCHER FRAUEN IN DER TÜRKEI

VON HANDAN ÇAĞLAYAN

Die erfolgreiche Mobilisierung von Frauen stellt eine Besonderheit der kurdischen Bewegung dar. Aus weiter zurückliegenden kurdischen Aufständen erfahren wir zwar auch von beteiligten Frauen, es waren jedoch wenige und zumeist Angehörige – wie Ehefrauen oder Töchter – der rebellierenden Führungskräfte. Die Beteiligung von Frauen an der kurdischen Bewegung hat nach 1980 dagegen eine Dimension angenommen, die die Geschlechterverhältnisse der gesamten Bewegung prägt. In den 1990er Jahren gingen viele Frauen zur Guerilla in die Berge, um am bewaffneten Kampf teilzunehmen, während andere den Weg in die legalen politischen Parteien fanden, in deren Gremien sie einflussreiche Positionen einnahmen. Sie wurden zu Bürgermeisterinnen und Parlamentsabgeordneten gewählt. Daneben ist es ihnen gelungen, die Gleichstellung von Frauen betreffende Belange auf die politische Agenda der Bewegung zu heben. Im Folgenden wird die politische Partizipation von kurdischen Frauen im Zusammenspiel mit den Besonderheiten der Bewegung näher betrachtet.

DIE VERGESCHLECHTLICHTE DIMENSION VON STAAT UND NATION

Obgleich einzelne Fälle von Nationalstaatsbildung unterschiedliche Verlaufsformen annehmen, besteht ihre Gemeinsamkeit darin, dass die Herausbildung nationaler Identitäten zugleich ein vergeschlechtlichter Prozess ist. Dabei werden Frauen gewisse Rollen oder Missionen auferlegt: Als kulturelle und biologische Reproduzentinnen der Nation, als Trägerinnen einer authentischen Kultur, zur Markierung der Differenz gegenüber anderen Nationen. In manchen Fällen wird ihnen auch eine aktive Beteiligung am Prozess der Nationalstaatsbildung zugesprochen. All dies hat mit dem konstruierten Charakter einer »Nation« tun, der die Vorstellung von Einzigartigkeit im Unterschied zu den »Anderen« sowie von einer in sich homogenen Gemeinschaft beinhaltet. Soziale Geschlechterkonstruktionen, Frauen- und Männerrollen kommen insbesondere bei der Herstellung von Differenz zu den »Anderen« ins Spiel. Das Verständnis von Nation und die Unterschiede zu den »Anderen« sind mit der Definition von Weiblichkeit, Männlichkeit und Familie verwoben.

Aus post-kolonialen Staatsbildungsprozessen ist bekannt, dass diese Definitionen durch das angestrebte Staatsprojekt bestimmt sind. Wenn bspw. die Bildung eines modernen Staates angestrebt wird, müssen auch Frauen als Bedeutungsträgerinnen dieser Modernität positioniert werden. Die Familie, Heiratsregelungen, die Kindererziehung und ähnliche Dinge werden entlang des staatlichen Herrschaftsprojekts neu reguliert. Frauen stehen unvermeidlich im Zentrum solcher Regulierungen. Post-koloniale feministische Analysen heben hervor, dass solche Regulierungen neben positiven Resultaten, wie auf gegenseitiger Übereinkunft beruhende Eheschließungen, Zugang zu Bildung und professionellen Berufen für Frauen, oftmals unsichtbare Belastungen für Frauen bergen. Sicherlich ist die Geschichte nicht so einseitig. Obgleich Frauen nicht die Urheberinnen solcher Regulierungen und nationaler Szenarien sind, sind sie auch nicht vollkommen passiv. Die Erfüllung der ihnen zugewiesenen Rollen kann Teil eines patriarchalen Handels sein.

Im populären Diskurs der kurdischen Bewegung erscheint zwar von Zeit zu Zeit die Figur der »leidenden Mutter«, die mit der »Heimat« gleichgesetzt wird. Dennoch erscheinen Frauen auf der ideologischen Ebene gerade nicht als Trägerinnen einer authentischen Kultur, als kulturelle und biologische Reproduzentinnen der Nation oder als mit dem »Heimatboden« identifizierte und von den Männern der Nation zu schützende passive Körper. Stattdessen treten sie als aktiv Beteiligte am Prozess der Nationalstaatsbildung hervor. Die Bewegung setzte sich von Beginn an das Ziel, Frauen aus Heim und Familie zu lösen. Sowohl das linke, auf Geschlechtergleichheit beruhende politische Programm als auch die Mobilisierungsstrategie machten dies notwendig.

BETEILIGUNG VON FRAUEN: IDEOLOGIE UND MOBILISIERUNGSTRATEGIE

Kurdische Aufstände zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden unter der Ägide traditioneller kurdischer Herrscher vorwiegend über Stammesbeziehungen und religiöse Symbole geführt. Indes ging die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts in Erscheinung tretende neue kurdische Bewegung aus den sich proletarisierenden armen Gesellschaftsschichten hervor. Dieser

Wandel geht auf die kapitalistische Modernisierung zurück, die die sozioökonomische Struktur der kurdischen Gesellschaft veränderte. Diese Entwicklung hat sich auf den Klassencharakter der kurdischen Opposition sowie auf deren politisch-ideologische Eigenschaften ausgewirkt. Im politischen Projekt der neuen kurdischen Bewegung, die sich in einer linken säkularen Konjunktur herausbildete, finden sich Forderungen der werktätigen Klassen ebenso wie eine auf Geschlechtergleichheit zielende Perspektive. Dieses Programm erwuchs aus der kritischen Haltung gegenüber der Ungleichheit von Frauen in der kurdischen Gesellschaft. Die Mobilisierungsstrategie sah dagegen vor, Frauen aus den auferlegten Zwängen von Heim und Herd zu lösen. Die kurdische Bewegung initiierte eine breite Kampagne gegen die patriarchalen Hindernisse, die der Beteiligung von Frauen entgegenstanden, insbesondere gegen die über den Körper von Frauen definierte »Ehre«. Ab Anfang der 1990er Jahre zeitigte diese Kampagne erste Erfolge. Frauen konnten sich offen an politischen Aktivitäten beteiligen, ohne an der Barriere »Ehre« zu scheitern.

SICH WANDELNDE FRAUENBILDER: KÄMPFERIN UND GÖTTIN

In den 1980er Jahren lässt sich beobachten, dass im Zuge gesamtgesellschaftlicher Umbrüche auch die Frauenbilder im Diskurs der kurdischen Bewegung einem Wandel unterliegen. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 tritt bspw. die vor den Gefängnistoren stehende »leidende Mutter« hervor. Dieses Bild ist einerseits direkter Ausdruck des Erlebten. Andererseits wurde es als die Quintessenz des erlebten Leids schlechthin herausgestrichen und in Umlauf gebracht. In den 1990er Jahren treten dann die »politische Frau« und die »kämpferische Frau« auf den Plan. Auch das basiert auf realem Geschehen. Die von der Aktivistin und Politikerin Leyla Zana symbolisierte politische Frau tritt auf die Bühne. Zur gleichen Zeit gehen Tausende Frauen in die Berge, um sich der Guerilla anzuschließen. Die Figur »Weggefährtin Frau« war Ausdruck dieser Beteiligung und demonstrierte zugleich die von der Bewegung verfolgte Mission und ihren Gesellschaftsentwurf.

Eine weitere Figur ist die Figur der »Göttin«. Dem Umstand, dass eine Figur aus einer weit zurückliegenden Vergangenheit hervorgeholt, gar wie aus dem Nichts im Dienste der nationalen Identität erschaffen wird, begegnen wir häufiger im geographischen Raum zwischen Indien und dem Iran. Im Prozess einer neuen kurdischen Identitätsbildung nimmt die

»Göttin« eine symbolische Bedeutung ein und dient gleichzeitig der Mobilisierung. Die »Göttin« glorifiziert die Frauen auf der symbolischen Ebene, während sie auf der praktischen Ebene eine Einladung zur stärkeren Aufopferung darstellt.

BEDINGUNGEN DER BETEILIGUNG VON FRAUEN

Es lässt sich also feststellen, dass der auf Gleichheit beruhende ideologische Diskurs und die auf die Partizipation von Frauen zielende Mobilisierungsstrategie den Weg für deren aktive Teilnahme am Prozess ebneten. Allerdings ist diese Beteiligung an Bedingungen geknüpft, die bestimmte Grenzen ziehen. Auf die Übertretung dieser Grenzen folgen Sanktionen wie Nichtbeachtung, dem Vergessen anheim fallen lassen, Ausschluss aus der nationalen Erzählung. Zu diesen Bedingungen gehört an allererster Stelle das »Geschlechtslosmachen«. »Keuschheit«, das Setzen von Liebe zum Land an die Stelle weltlicher Liebe, Kämpfen und Siegen als Voraussetzung fürs Geliebtwerden sind weitere Bedingungen. Schließlich gehört »Wer kämpft, wird frei; wer frei wird, wird schön; wer schön wird, wird geliebt« zu einem der am meisten in Umlauf gebrachten Slogans der kurdischen Bewegung. In meiner Monographie »Mütter, Weggefährtinnen, Göttinnen« (Analar Yoldaşlar Tanrıçalar) arbeite ich heraus, inwiefern Frauen diese Identitäten und die ihnen zugrundeliegenden Bedingungen nicht aufgezungen wurden, es sich vielmehr um eine bewusste und freiwillige Aneignung handelt. Diese Identitäten versprechen kurdischen Frauen nämlich individuelle Unabhängigkeit und ermöglicht ihnen auf diese Weise Selbstverwirklichung.

DYNAMIKEN DER AKTIVIERUNG

Es lassen sich drei grundlegende Dynamiken identifizieren, durch die kurdische Frauen mobilisiert wurden: Erstens das durch die Leugnung der kurdischen Sprache und Identität hervorgerufene Leid und die damit verknüpften heftigen Kämpfe, mit denen die Räumung ganzer Siedlungen und schwere Menschenrechtsverletzungen einhergingen. Zweitens der ideologische Diskurs der Bewegung, der dem von den Einzelnen erfahrenen Leid eine neue Bedeutung verlieh, es zur Motivationsquelle für politische Aktivierung machte und Frauen zur Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Prozessen ermutigte. Und schließlich drittens die transformierende Kraft der von den Frauen selbst ausgeübten Tat, ihrer Praxis.

Zwischen der Beteiligung kurdischer Frauen an der Bewegung und ihren Charakteristika besteht ein wechselseitiges Verhältnis. Der Diskurs der Bewegung hat den Weg für die Teilnahme von Frauen geebnet, was wiederum den Diskurs selbst verändert und seine Grenzen verschoben hat. So auch in der Praxis. Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnen die Beteiligung von Frauen und der erreichte Repräsentationsgrad ein Gesamtbild, mit dem die Bewegung in höchstem Maße zufrieden ist. Erreicht wurde dies unter schwierigen Bedingungen mit viel Mühe und Tatkraft von Frauen. Solange kein Widerspruch zwischen der übergeordneten politischen Agenda der Bewegung und der Agenda der Frauen entsteht, steht den Frauen nichts im Wege. Andernfalls kommt es zu Spannungen um die Frage, welcher Agenda an welchen Punkten Priorität verliehen werden soll.

FEHLENDE KLASSENDIMENSION

Die kurdische Bewegung war ursprünglich ein Sprachrohr für die Forderungen der untersten Schichten der kurdischen Gesellschaft. In den Gründungsjahren der Bewegung wurden die großgrundbesitzenden Clans und das feudale Ağa-System zu Feinden erklärt. Mit der Zeit wurde der klassenbasierte aber durch einen identitätsbasierten Diskurs ersetzt. Zwar bilden auch heute noch die armen Gesellschaftsschichten die breite Basis der Bewegung. Doch von einigen Ausnahmen abgesehen, werden klassenbasierte Forderungen nicht erhoben, soziale Gerechtigkeit wird nicht betont. Nicht anders verhält es sich in der kurdischen Frauenbewegung. Hierfür können verständliche Gründe angeführt werden. Solange die mit der kurdischen Identität zusammenhängenden Probleme

andauern und Ereignisse wie Roboski [1] stattfinden, werden identitätsbasierte Forderungen vermutlich alle anderen Forderungen überlagern. So führten Kurden und Kurdinnen Roboski nicht auf ihre Klassenposition, auf ihr Geschlecht oder ihre Glaubensrichtung zurück, sondern auf ihr Kurdischsein. Solche Umstände können Klassenunterschiede und -widersprüche überdecken. Dies ist auch ein Handicap. Wobei die Klassenspaltung in der kurdischen Bevölkerung sich in den letzten Jahren vertieft hat. Zusammen mit Şemsa Özar und Ayşe Tepe habe ich in Istanbul eine Feldforschung im Hinblick auf die Situation von zur Migration aus dem kurdischen Südosten der Türkei gezwungenen kurdischen Frauen durchgeführt. Insbesondere junge Frauen arbeiteten in kleinen Textilkitschen zu sehr niedrigen Löhnen unter extrem harten Bedingungen. Es kommt jedoch so gut wie nie vor, dass diese Bedingungen thematisiert werden. Ähnliches gilt für Erntehelfer und -helferinnen. Oder auf dem Bau. Das sind Sektoren, die überwiegend von armen kurdischen Werktätigen getragen werden. Daneben gibt es natürlich auch wohl situierte Kurden und Kurdinnen, schließlich ist die kurdische Gesellschaft nicht homogen. Vermutlich können klassenbasierte Themen erst dann aufkommen, wenn die allgemeine Repression aufhört – von ihr scheinen alle gleichermaßen betroffen – und eine Normalisierung des Alltags eintritt und die Demokratisierung in der Türkei weiter vorangetrieben wird.

[1] Im Dezember 2011 bombadierten türkische Kampfflugzeuge einen Konvoi von kurdischen Schmugglern an der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak, in der Nähe des Ortes Roboski. Dabei wurden 34 Menschen getötet. Das türkische Militär behauptete im Einklang mit der Regierung, dass es die Schmuggler für Guerillas gehalten habe. Der Tathergang ließ jedoch starke Zweifel an dieser Aussage aufkommen.